

# Antworten auf die Wahlprüfsteine von der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG) anlässlich der Bundestagswahl 2021

---



## Frage 1:

**Welche politischen Entscheidungen auf Bundesebene halten Sie in der nächsten Legislaturperiode für nötig, um die Lage der Opfer der SED-Diktatur zu verbessern? Welche Opfergruppen stehen für Sie dabei im Vordergrund?**

In unserem Wahlprogramm setzen wir GRÜNE uns ausdrücklich für höhere Entschädigungsleistungen und einen unbürokratischeren Zugang zu diesen ein. Wir halten die derzeitige Höhe der Entschädigungsleistungen und ihre teilweise Knüpfung an Kriterien wie „Bedürftigkeit“ nicht für angemessen und streben hier Änderungen an. Zudem müssen die Verfahren, die zu einer Rehabilitierung bzw. Entschädigung führen, deutlich vereinfacht und beschleunigt werden. Über 30 Jahre nach der Friedlichen Revolution ist es nicht hinnehmbar, dass manche Opfer und Betroffenen immer noch gerichtlich um ihre Entschädigung kämpfen müssen. Schon in der Diskussion um die Novellierung der Rehabilitierungsgesetze Ende 2019 haben wir darauf hingewiesen, dass noch Gerechtigkeitslücken bestehen bleiben. Unter anderem die mangelnde Berücksichtigung von Opfern von Zwangsaussiedlungen sowie die fehlende Berücksichtigung der Probleme bei der Begutachtung und Bewertung psychischer Traumata sind so nicht hinnehmbar.

## Frage 2:

**Unterstützen Sie die Schaffung eines nationalen Kompetenzzentrums für gesundheitliche Langzeitfolgen von SED-Unrecht, um verfolgungsbedingte Schädigungen aus der SED-Diktatur in versorgungsrechtlichen Verfahren präziser erfassen und angemessener berücksichtigen zu können?**

Die Schaffung eines solchen Kompetenzzentrums sehen wir GRÜNE äußerst positiv und würden einen entsprechenden Vorstoß, der auch den Schwierigkeiten und Hürden für die Betroffenen Rechnung trägt, uneingeschränkt unterstützen. Im Allgemeinen fordern wir eine grundsätzliche Verbesserung der Versorgung psychisch Erkrankter und sehen insofern ein solches Kompetenzzentrum als Chance, hier substantielle Verbesserungen zu erreichen.

## Frage 3:

**Sind Sie dafür, dass jeder aus dem Sperrgebiet an der innerdeutschen Grenze Zwangsausgesiedelte für den durch die Vertreibung zu Unrecht erlittenen seelischen Schaden eine angemessene, einmalige finanzielle Zuwendung bekommt?**

Es ist mehr als tragisch, dass die Opfer von Zwangsaussiedlungen bisher nicht ausreichend entschädigt wurden. Die durch das SED-Regime vorgenommene Entwurzelung vieler Menschen sorgte für massive finanzielle, soziale und psychische Belastungen, die in Einzelfällen sogar über die direkt betroffene Generation hinausgeht. Insofern unterstützen wir GRÜNE die Einführung einer solchen Entschädigung uneingeschränkt und haben dieses bereits im Bundestag zu Sprache gebracht.

## Frage 4:

**Verschiedene Studien haben zweifelsfrei ergeben, dass in der DDR politisch Gefangene Zwangsarbeit leisten müssen. Werden Sie die Initiative ergreifen, damit Politik und Wirtschaft die Zwangsarbeit sich in angemessener Weise an einer Wiedergutmachung beteiligt?**

Wir GRÜNE halten die Beteiligung der entsprechenden Firmen an Entschädigungszahlungen – sowohl für die geleistete Arbeit als auch die oft erlittenen gesundheitlichen Folgen – für sehr sinnvoll und angemessen, da diese auch von der Arbeit der politisch Inhaftierten langfristig profitierten. Es wäre sehr begrüßenswert, wenn die beteiligten Firmen von sich aus bereit wären, bspw. in einen entsprechenden Hilfsfonds einzubezahlen. Dafür setzen wir uns ein, prüfen aber ggf. auch andere Wege zu einer angemessenen Wiedergutmachung.

**Frage 5:**

**Was werden Sie unternehmen, um die durch das Rentenüberleitungsgesetz entstandenen Benachteiligungen für Übersiedler und Flüchtlinge aus der DDR in die Bundesrepublik zu beseitigen?**

Wir GRÜNE setzen uns für eine grundsätzliche Reform des deutschen Rentensystems ein, wodurch allen Menschen im Sinne einer Garantierente ein auskömmliches Einkommen im Alter zukommen soll. Es ist über 30 Jahre nach der Friedlichen Revolution nicht erklär- oder hinnehmbar, dass immer noch große Differenzen bei der Berechnung und Höhe der Renten in Ost- und Westdeutschland bestehen. Deswegen wurde durch die Bundestagsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im September 2020 der Antrag „Vielfältig, offen, gerecht – Eine gemeinsame Geschichte und Vision für Deutschland 30 Jahre nach der Wiedervereinigung“ gestellt. Hier fordern wir, diejenigen Personengruppen, die durch das Rentenüberleitungsgesetz benachteiligt wurden, zumindest durch einen Härtefallfonds abzusichern sowie Lohn- und Rentengerechtigkeit umzusetzen. Wir hoffen sehr, dass die Verhandlungen zwischen Bund und Ländern nun bald zu einem Abschluss kommen und eine angemessene Höhe der Entschädigungszahlungen festgelegt wird.

**Frage 6:**

**Wie werden Sie sich dafür engagieren, dass in der nächsten Legislaturperiode der Beschluss des Deutschen Bundestages zur Errichtung eines nationalen Mahnmals für die Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft vom 13. Dezember 2019 auch zeitnah umgesetzt wird?**

Grundsätzlich unterstützen wir GRÜNE die Einrichtung eines solchen Mahnmals und wollen den Planungs- und Gestaltungsprozess aktiv und kritisch mitgestalten. Dabei ist aus unserer Sicht wichtig, in der Konzeption des Mahnmals den europäischen Kontext der SED-Diktatur deutlich zu machen, den verschiedenen Opfer- und Betroffenengruppen gerecht zu werden sowie eine Gleichsetzung des NS-Regimes und der SED-Diktatur klar zu meiden. Darüber hinaus hoffen wir auf ein differenziertes, ansprechendes und modernes Konzept für die begleitenden Bildungsangebote des Mahnmals. Ein solch aufwändiger Planungsprozess kann nicht in kürzester Zeit abgeschlossen werden und wir werden den Prozess weiter konstruktiv begleiten.

**Frage 7:**

**Werden Sie sich dafür einsetzen, dass Institutionen der DDR-Aufarbeitung und Opfervertretungen von nationaler Bedeutung finanziell langfristig und stabil gefördert werden?**

Wir GRÜNE setzen uns ein für eine Fortsetzung der wichtigen Aufarbeitungs- und Bildungsarbeit des Stasi-Unterlagen-Archivs (nun als Teil des Bundesarchivs) insbesondere an den ehemaligen BStU-Außenstellen. Auch die diversen Erinnerungs- und Gedenkorte wollen wir verstärkt in Bundesträgerschaft fördern. Darüber hinaus fordern wir eine bessere finanzielle Stellung der vielen regionalen und überregionalen Aufarbeitungsinitiativen und wollen diesen auch langfristige Förderperspektiven anbieten. Ohne das zivilgesellschaftliche Engagement der Aufarbeitungsinitiativen sowie Opfer bzw. Betroffenenvereine ist eine nachhaltige und grundsätzliche Aufarbeitung der SED-Diktatur nicht möglich.

**Frage 8:**

**Werden Sie sich für Investitionen einsetzen, dass die in das Bundesarchiv übernommenen Stasiakten in ausreichendem Maße erhalten, gesichert und rekonstruiert werden und der Zugang nach dem Stasi-Unterlagen-Gesetz (StUG) weiter gewährleistet wird?**

Die garantierte Zugänglichkeit der Stasi-Akten für Betroffene und Forschung war eines unserer Grundanliegen beim Gesetzgebungsprozess zur Integration des Stasi-Unterlagen-Archivs ins Bundesarchiv. Die Offenlegung der Akten für die Betroffenen ist eine der wichtigsten Errungenschaften der Friedlichen Revolution und ist für uns nicht verhandelbar. Insofern werden wir GRÜNE uns weiter für eine Erhaltung der ehemaligen BStU-Außenstellen – teils als Archivstandorte, teils als Auskunft- und Informationsstellen – einsetzen. Die Rekonstruktion der zerstörten Stasi-Unterlagen wurde durch die letzte Reform des StUG zum gesetzlichen Auftrag des Bundesarchivs gemacht. Dieses unterstützen wir ausdrücklich und hoffen nun auf eine schnelle Umsetzung dieses Auftrags. Sollten dafür Investitionen notwendig sein, werden wir das Bundesarchiv dabei selbstverständlich unterstützen.